

Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)

4.0	<u>Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)</u>
4.1	Technische Regelwerke
4.1.1	In den Verdingungsunterlagen genannte technische Regelwerke sind zusätzliche technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Abs.2 Nr.4 VOB/B.
4.1.2	Die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen und den übrigen Verdingungsunterlagen genannten DIN-Normen sind in der drei Monate vor dem Eröffnungs- /Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.
4.1.3	Sollte sich die Leistung auf einen EU-Mitgliedsstaat beschränken, werden die Bewerber anderer EU-Mitgliedsstaaten nicht ausgeschlossen, wenn sie über vergleichbare technische Spezifikationen verfügen.
4.2	Ausführungsunterlagen (§ 3 VOB/B)
4.2.1	Der AN hat dem AG den Zeitpunkt, zu dem er die nach dem Vertrag und entsprechend dem jeweiligen Baufortschritt vom AG zu liefernden Unterlagen benötigt, so frühzeitig anzugeben, dass die Übergabe durch den AG rechtzeitig erfolgen kann.
4.2.2	Der Ausführung des Vertrages dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom AG als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind. Die Verantwortung und Haftung des AN werden dadurch nicht eingeschränkt.
4.2.3	Alle Unterlagen, die der AN zu erstellen hat, sind dem AG so rechtzeitig zur Überprüfung vorzulegen, dass eventuell noch notwendige Korrekturen vorgenommen werden können. Dabei hat der AN einen angemessenen Zeitbedarf für Kenntnisnahme, Durchsicht und Prüfung durch den AG zu berücksichtigen.
4.3	Veröffentlichungen, Vervielfältigungen (§ 3 VOB/B)
4.3.1	Der AN darf Veröffentlichungen über die Leistung (bspw. Zeichnungen, Berechnungen, Nachprüfungen von Berechnungen oder andere Unterlagen) nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG vornehmen.
4.3.2	Der AG darf die vom AN beschafften Ausführungsunterlagen zum Zwecke der Durchführung der Leistung und ihrer Erhaltung vervielfältigen und verwenden. Für andere Zwecke darf er diese nur mit Zustimmung des AN verwenden.

4.4	<p>Baustelle, Baubereich (§ 4 VOB/B)</p> <p>Die Bezeichnungen "Baustelle" und "Baubereich" werden in folgendem Sinne verwendet:</p>
4.4.1	<p><u>Baustelle</u>: Flächen, die der AG zur Ausführung der Leistung, für die Baustelleneinrichtung und zur vorübergehenden Lagerung von Stoffen und Bauteilen zur Verfügung stellt, zuzüglich der Flächen, die der AN darüber hinaus in Anspruch nimmt.</p>
4.4.2	<p><u>Baubereich</u>: Baustelle und die Umgebung, die durch die Ausführung der Bauarbeiten beeinträchtigt werden kann.</p>
4.5	<p>Bauausführung (§ 4 VOB/B)</p> <p>Der AN hat Bautagesberichte zu führen und diese dem AG auf Anforderung vorzulegen.</p> <p>Die Bautagesberichte müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können. Bautagesberichte sind fortlaufend zu nummerieren.</p> <p>Von Bedeutung sind insbesondere folgende Angaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bezeichnung der Baustelle und des Auftraggebers, Datum, – Eingesetztes Personal und eingesetzte Geräte, – Durchgeführte Arbeiten (vertragliche und außervertragliche), – Kontrolle der Baustelle und der Sicherungseinrichtung mindestens zweimal täglich (auch an arbeitsfreien Tagen), – Art der Leistung, – Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe; geleistete Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. Aufgliederung nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen, Witterungsverhältnisse und Temperaturen (max. und min.), – Gerätekenngößen, – Beendigung einzelner Bauarbeiten und/oder Bauabschnitte; Vermerke besonderer Vorkommnisse (z.B. Übergabe von Planunterlagen, Verzögerungen und Behinderungen, Anlass und Dauer von Bauunterbrechungen, Kontrolle durch den AG, entgegengenommene Anweisungen durch den AG usw.).

4.5.1	<p>Gütesicherung, Eignungsnachweis von Stoffen, Bauteilen usw.</p> <p>Die entsprechenden Kosten werden nicht besonders vergütet, sondern sind vom AN in das Angebot einzurechnen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der AN hat die Eignung der Stoffe usw. entsprechend den Anforderungen des AG unaufgefordert nachzuweisen. Die Herstellung der zu liefernden Erzeugnisse muss einer Überwachung (bestehend aus Eigen- und Fremdüberwachung) nach der entsprechenden Stoffnorm, der Zulassung oder dem Prüfbescheid unterliegen. • Der Eignungsnachweis ist wie folgt zu führen: <ul style="list-style-type: none"> I. Die Überwachung ist durch ein Gütezeichen auf dem Erzeugnis kenntlich zu machen. II. Prüfzeugnisse sind dem Erzeugnis zuzuordnen. III. Der Lieferschein umfasst die Bezeichnung des Erzeugnisses, Angaben des Herstellers, Überwachungsnachweis des Herstellers <p>Die Eigenprüfungen sind vom AN auf Verlangen dem AG zur Kenntnis zu übergeben. Sie bilden die Grundlage zur vertragsgerechten Erfüllung der Leistung. Werden vom AG Kontrollprüfungen durchgeführt, wobei die Gütesicherung <u>nicht festgestellt wird</u>, hat der AN die Stoffe, Bauteile usw. auf eigene Kosten durch geeignete zu ersetzen. Die Kosten der Kontrollprüfungen des AG sind in diesem Fall vom AN zu übernehmen.</p>
4.6	<p>Baustellenräumung (§ 4 VOB/B)</p> <p>Vom AG zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind dem früheren Zustand entsprechend instand zu setzen, sofern nichts anderes vereinbart ist.</p>
4.7	<p>Kontrollprüfungen (§ 4 VOB/B)</p> <p>Der AN hat Kontrollprüfungen des AG zu ermöglichen.</p>
4.8	<p>Werbung</p> <p>Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig.</p>
4.9	<p>Anlagen im Baubereich (§ 4 VOB/B)</p> <p>Sind bestehende Anlagen zu ändern oder zu beseitigen, so hat der AN die Zustimmung des AG einzuholen; daneben hat der AN den Eigentümer bzw. Besitzer der Anlage rechtzeitig von dem Zeitpunkt der Änderung oder Beseitigung zu verständigen.</p>

4.10	<p>Umweltschutz (§ 4 VOB/B)</p> <p>Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der AN die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken.</p> <p>Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der AN dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.</p> <p>Immissionsschutz</p> <p>Im gesamten Baubereich dürfen keine Grundwasser gefährdenden Stoffe gelagert, umgeschlagen und eingeleitet werden. Die zum Einsatz kommenden Baumaschinen und -geräte sind gegen Öl- und Treibstoffverlust zu sichern. Ölbindepräparate sind in einer Menge vorzuhalten, die ausreicht, den Treibstoff des größten auf der Baustelle befindlichen Tanks zu binden. Alle entsprechenden Bestimmungen des Bundesimmissionsgesetzes sind zu beachten. Es gelten die einschlägigen Vorschriften, Bestimmungen und Gesetze gegen Baulärm. Bei den Bauarbeiten ist jede Emission hinsichtlich Lärm- und Staubentwicklung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Besonderer Wert wird auf die Einhaltung des Lärmschutzes von 22:00 bis 06:00 Uhr gelegt. Im Baubereich darf nichts verbrannt werden.</p> <p>Umweltverschmutzende Stoffe dürfen nicht auf der Baustelle verbleiben bzw. vergraben werden; sie sind fachgerecht zu entsorgen.</p> <p>Sämtliche Arbeiten sind mit möglichst geringen Staub- und Lärmemissionen durchzuführen. Eine Gefährdung durch Staub- und Lärmemissionen im Baubereich ist auszuschließen. Der Geräteeinsatz usw. ist so auszuwählen, dass der „Stand der Technik“ in Bezug auf die Staub- und Lärmemissionen eingehalten wird. Sämtliche Arbeiten sind mit möglichst geringen Staubentwicklungen durchzuführen, z.B. kein Trockenschnitt.</p> <p>Wird die z.B. öffentliche Straße durch den AN verunreinigt, ist diese ohne Aufforderung gemäß § 17 Straßen- und Wegegesetz (StrWG NRW) unverzüglich zu reinigen. Kosten für die Einhaltung des Umweltschutzes werden nicht besonders vergütet und sind in das Angebot einzurechnen.</p> <p>Der Erlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, NRW zur „Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen“ sowie die DIN 4150 sind Vertragsbestandteil.</p> <p>Der Erlass dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Erschütterungen sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinflüsse durch Erschütterungen. Der AN hat die notwendigen Vorkehrungen durchzuführen und die Kosten in das Angebot einzurechnen.</p>
------	---

4.11	Nachunternehmer (§ 4 VOB/B)
4.11.1	<p>Der AN hat grundsätzlich die Leistung im eigenen Betrieb auszuführen.</p> <p>Der AN darf Teile der Leistung von Nachunternehmern ausführen lassen, wenn er in seinem Angebot Art und Umfang der betreffenden Teilleistungen angegeben und die hierfür vorgesehenen Nachunternehmer benannt hat. Teilleistungen dürfen nur an solche Nachunternehmer übertragen werden, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.</p>
4.11.2	<p>Beabsichtigt der AN Leistungen zu übertragen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, hat er vorher die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen. Auf Verlangen sind dem AG die Qualifikationsnachweise des Nachunternehmers vorzulegen. Der AG behält sich vor, den Einsatz von Nachunternehmern abzulehnen.</p>
4.11.3	<p>Der AN muss sicherstellen, dass der Nachunternehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weitervergibt, es sei denn, der AG hat zuvor schriftlich zugestimmt. Die Ziffern 4.11.1 und 4.11.2 gelten entsprechend.</p>
4.11.4	<p>Der AN hat bei der Weitervergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B und VOB/C) anzuwenden. Darüber hinaus hat der AN bei der Weitergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer die Einhaltung seiner Verpflichtungen aus Ziffer 4.12.2 dieser ZVB sicherzustellen.</p>
4.12	Verbot illegaler Beschäftigung
4.12.1	<p>Der AN darf weder selbst noch durch Nachunternehmer auf der Baustelle Arbeitnehmer einsetzen, für die widerrechtlich keine Sozialabgaben abgeführt werden oder für die - sofern es sich um ausländische Arbeitnehmer handelt - keine Erlaubnis gemäß dem Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung – (SGB III) bzw. dem Aufenthaltsgesetz besteht.</p> <p>Der AN erklärt sich damit einverstanden, dass die Bundesagentur für Arbeit dem AG auf Anfrage mitteilt, ob ein Ordnungswidrigkeits- bzw. Ermittlungsverfahren nach § 15 a Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), gemäß SGB III oder § 16 Abs. 1 oder 1 a AÜG, anhängig ist bzw. ob und wie dieses rechtskräftig zum Abschluss gekommen ist.</p> <p>Alle Mitarbeiter des AN oder die seines Nachunternehmers haben ihren Personalausweis, Pass oder Sozialversicherungsausweis auf der Baustelle mitzuführen. Der AG ist berechtigt, auf der Baustelle Kontrollen durchzuführen oder durchführen zu lassen.</p>

4.12.2	<p>Werden auf der Baustelle Beschäftigte des AN angetroffen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die widerrechtlich keine Sozialabgaben abgeführt werden oder - die als ausländische Arbeitnehmer des AN nicht im Besitz einer Arbeitserlaubnis gemäß dem SGB III bzw. dem Aufenthaltsgesetz sind, <p>so hat der AN eine Vertragsstrafe gemäß Ziffer 4.12.4 dieser ZVB zu zahlen.</p>
4.12.3	<p>Werden auf der Baustelle Beschäftigte eines Nachunternehmers angetroffen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die widerrechtlich keine Sozialabgaben abgeführt werden oder - die als ausländische Arbeitnehmer des Nachunternehmers nicht im Besitz einer Arbeitserlaubnis gemäß dem SGB III bzw. dem Aufenthaltsgesetz sind, <p>so hat der AN eine Vertragsstrafe gemäß Ziffer 4.12.4 dieser ZVB zu zahlen, wenn er</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Nachunternehmer ohne die erforderliche Zustimmung des AG beauftragt hat oder <p>die Verpflichtung und Ermächtigung aus Ziffer 4.11.4 dieser ZVB nicht auf den Nachunternehmer übertragen hat.</p>
4.12.4	<p>Im Falle der illegalen Beschäftigung entsprechend Ziffer 4.12.2 oder 4.12.3 dieser ZVB hat der AN eine Vertragsstrafe in Höhe von maximal 5 % der Auftragssumme des jeweiligen Einzelauftrages zu zahlen. Die Höhe der Vertragsstrafe wird anhand der Umstände des Einzelfalles durch den AG nach billigem Ermessen im Rahmen der vorgenannten Höhe der Vertragsstrafe bestimmt.</p>
4.13	<p>Arbeitsschutz</p> <p>Der AN hat die geltenden Arbeitsschutzvorschriften sowie die sicherheitstechnischen und die arbeitsmedizinischen Regeln, die in allgemein anerkannten Regeln oder in Regelwerken der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) enthalten sind, zu beachten.</p>
4.14	<p>Ausführung der Leistung (§ 4 VOB/B)</p> <p>Feststellungen auf der Baustelle über den Zustand von Teilen der Leistung, ihre Vertragsmäßigkeit sowie Art und Umfang der Leistung sind durchzuführen, soweit diese Teile der Leistung durch die weitere Ausführung der Prüfung und Feststellung entzogen werden. Diese sind gemeinsam vorzunehmen. Der AN hat sie rechtzeitig zu beantragen.</p> <p>Anweisungen des AG an den AN während der Ausführung der Leistungen erteilt ausschließlich der Baubeauftragter (BB) des AG. Anweisungen anderer Stellen haben ohne Bestätigung durch den BB keine Gültigkeit. Weisungsrechte bei Gefahr im Verzug bleiben unberührt.</p>

4.15	Behinderung und Unterbrechung der Ausführung (§ 6 VOB/B) Ist erkennbar, dass sich durch eine Behinderung oder Unterbrechung Auswirkungen ergeben, hat der AN diese dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Unterlässt er schuldhaft diese Mitteilung, hat er den dem AG daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.
4.16	Verteilung der Gefahr (§ 7 VOB/B)
4.16.1	Zu der ganz oder teilweise ausgeführten Leistung gehören alle mit dem Bauwerk in endgültiger Lage körperlich verbundenen, in seine Bausubstanz eingegangenen Leistungen, unabhängig von deren Fertigstellungsgrad.
4.16.2	Zu der ganz oder teilweise ausgeführten Leistung gehören nicht die noch nicht eingebauten Stoffe und Bauteile sowie die Baustelleneinrichtung und Absteckungen. Zu der ganz oder teilweise ausgeführten Leistung gehören ebenfalls nicht Baubehelfe, z. B. Gerüste, auch wenn diese als besondere Leistung oder selbstständig vergeben sind.
4.17	Kündigung durch den Auftraggeber (§ 8 VOB/B)
4.17.1	Ein Kündigungsgrund liegt auch vor: <ul style="list-style-type: none"> - wenn der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden, - wenn der AN nachhaltig gegen Arbeitsschutzvorschriften oder die in diesen Verdingungsunterlagen normierten Ausführungsbedingungen verstößt.
4.18	Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 VOB/B)
4.18.1	Wenn der AN oder die für ihn tätigen Personen oder Unternehmen aus Anlass der Auftragsvergabe nachweislich eine Abrede getroffen haben, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er als Schadensersatz 13 v. H. der Auftragssumme an den AG zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des AG, insbesondere solche aus § 8 VOB/B, bleiben unberührt.

4.18.2	<p>Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne von 4.18.1 sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, - die zu fordernden Preise, - Bindungen sonstiger Entgelte, - Gewinnaufschläge, - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen, - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, - Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben sowie Empfehlungen, <p>es sei denn, dass sie gemäß GWB zulässig sind. Solchen Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.</p>
4.19	Haftung der Vertragsparteien (§ 10 VOB/B), Mitteilung von Bauunfällen
4.19.1	Der AN hat den AG von Ansprüchen Dritter wegen schädigender Auswirkungen (Schäden, Nachteilen oder Belästigungen) freizustellen.
4.19.2	Die Bewachung und Verwahrung der Bauunterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleider usw. des AN oder seiner Erfüllungsgehilfen - auch während der Arbeitsruhe - ist Aufgabe des AN; der AG ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf seinen Grundstücken befinden.
4.19.3	<p>Der AN hat dem AG Arbeitsunfälle und sonstige Ereignisse, bei denen ein Personen-, Sach- oder Vermögensschaden entstanden ist oder geltend gemacht werden könnte, unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Boden- und Gewässerverunreinigungen • Schäden am Eigentum Dritter • Besondere Gefahrensituationen • Beschädigung von Kommunikations-, Versorgungs- oder Entsorgungsleitungen • Begehung und Kontrolle von Behörden, BG usw. • Recherchearbeiten von Medienvertretern • Beschwerden von Kunden oder Bürgern

4.20	Abnahme (§ 12 VOB/B)
4.20.1	<p>Die Leistung des AN ist auf Verlangen einer Vertragspartei förmlich gemäß § 12 VOB/B abzunehmen. Nach Fertigstellung werden in diesem Fall die erbrachten Leistungen von beiden Vertragspartnern gemeinsam abgenommen. Über die Abnahme ist eine Niederschrift anzufertigen.</p> <p>Bei Rohr- bzw. Kabelverlegungsarbeiten einschließlich Montage ist auf Verlangen des AG eine technische Abnahme gemäß § 4 VOB/B durchzuführen und deren Ergebnis in einer Niederschrift festzuhalten.</p> <p>Eine Abnahme kann nur erfolgen, wenn die Leistung in allen ihren wesentlichen Komponenten fertiggestellt ist und die vollständige Funktion gegeben ist. Teilabnahmen von in sich geschlossenen, fertig gestellten Abschnitten sind möglich. Abnahmen einzelner Bauteile oder Komponenten werden nicht durchgeführt.</p> <p>Wird die Leistung oder ein Teil der Leistung in Benutzung genommen, so führt dies nicht automatisch zur Abnahme oder zu einem Fristbeginn. Wenn der AN eine Abnahme herbeiführen will, hat er diese beim AG mit einer Fertigstellungsmeldung einzufordern. Falls der AG nicht auf das schriftliche Abnahmegesuch des AN reagiert, gilt die Leistung nach Ablauf von 12 Werktagen als abgenommen.</p> <p>Wird im Einvernehmen zwischen AN und AG keine gesonderte Abnahme durchgeführt, so gilt die Abnahme 12 Werktage nach Unterschrift des Schlussaufmaßes für die jeweiligen Leistungsbereiche (z.B. Tiefbau, Rohrbau) durch AN und AG als erfolgt, sofern dem nicht durch einen der Vertragspartner widersprochen wird.</p> <p>Die Abnahme von Oberflächen kann durch den AN gegenüber dem AG erst verlangt werden, wenn die zuständigen Vertreter der Straßenbaulastträger (z.B. Stadt Bochum) ihrerseits die Abnahme durchgeführt haben.</p> <p>Baustellenbesichtigungen des AG sind keine Abnahme in diesem Sinne, auch wenn der Vertreter des AG das Vorhandensein der Leistung zur Kenntnis genommen hat.</p> <p>Die Kosten für gegebenenfalls erforderlich werdende Plattendruckversuche o.ä. werden vom AG getragen. Fällt ein Druckversuch negativ aus, so sind die Kosten für die erneuten Versuche sowie die erforderlichen Nacharbeiten vom AN zu tragen.</p>
4.20.2	<p>Der AN hat bei der förmlichen Abnahme mitzuwirken und die erforderlichen Arbeitskräfte und Messgeräte zu stellen.</p>

4.21	Mängelansprüche (§ 13 VOB/B)
4.21.1	Die Mängelbeseitigung erfolgt nach einer angemessenen Frist, die vom AG festgelegt wird.
4.21.2	Die Verjährungsfrist der Mängelansprüche für Mängelbeseitigungsleistungen endet nicht vor Ablauf der für die Vertragsleistung vereinbarten Verjährungsfrist.
4.22	Abrechnung (§ 14 VOB/B)
4.22.1	Sind für Leistungen des AN die aufgrund des Baufortschritts verdeckt werden. Aufmaße/Feststellungen auf der Baustelle notwendig, sind diese gemeinsam vorzunehmen; der AN hat sie rechtzeitig zu beantragen. Die Beteiligung des AG an der Ermittlung des Leistungsumfanges gilt nicht als Anerkenntnis.
4.22.2	Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.
4.22.3	<p>In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendenden Aufmaßblättern müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - AN - AG - Projektbezeichnung - fortlaufende Nummerierung des Aufmaßblattes je Baumaßnahme/Leistung - Bezeichnung der Bauleistung <p>Unmittelbar über den Unterschriften und dem Datum muss das Aufmaßblatt den Text enthalten: "Aufgestellt".</p> <p>Aufmaße mittels PC auf der Baustelle sind sinngemäß zu erstellen.</p>
4.22.4	Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der AG, die Durchschriften der AN.
4.22.5	<p>Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen auf zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte auf drei Stellen nach dem Komma kaufmännisch zu runden.</p> <p>Geldbeträge sind in Euro auf zwei Stellen nach dem Komma kaufmännisch zu runden.</p>
4.22.6	Für fertig gestellte Teile der Leistung oder der Teilleistungen hat der AN - unabhängig von den Aufstellungen nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 VOB/B - endgültige Mengenberechnungen aufgrund von Zeichnungen oder gemeinsamen Feststellungen vorzulegen.

4.23	entfällt
4.24	Rechnungen (§§ 14, 16 VOB/B)
4.24.1	<p>Die Abrechnung erfolgt durch den AG auf der Basis eines vom AG und vom AN unterzeichneten Aufmaßes. Der AG erstellt nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Gutschrift und übersendet sie dem AN.</p> <p>Der AG ist berechtigt, statt der Abrechnung im Gutschriftverfahren eine Rechnungsstellung durch den AN zu verlangen.</p> <p>Rechnungen sind nach ihrem Zweck als Abschlags-, Teil oder Schlussrechnungen zu bezeichnen. Rechnungen sind durchlaufend zu nummerieren. Mit der Rechnung sind geeignete Nachweise vorzulegen.</p>
4.24.2	<p>Schlusszahlung (§ 16 VOB/B)</p> <p>Wir weisen Sie darauf hin, dass die vorbehaltlose Annahme der Schlusszahlung per Gutschrift Nachforderungen gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B ausschließt. Der AN prüft die Vorlage des Schlussaufmaßes und unterschreibt diese anschließend.</p>
4.25	Stundenlohnarbeiten (§ 15 VOB/B)
4.25.1	<p>Der AN hat über Stundenlohnarbeiten/Gerätestunden arbeitstäglich Stundenlohnnachweise in zweifacher Ausfertigung am nächsten Werktag einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 VOB/B folgende Angaben enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Datum, - Bezeichnung der Baustelle, - genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle, - detaillierter Umfang und Art der Leistung, - Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe, - geleistete Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen, - Gerätekenngößen. <p>Die Bescheinigung des AG auf dem Stundenlohnnachweis begründet keinen Vergütungsanspruch. Die Anerkennungswirkung betrifft nur Art und Umfang der erbrachten Leistung.</p>
4.25.2	Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend der Stundenlohnnachweise aufgegliedert werden.
4.25.3	Die Originale der Stundenlohnnachweise behält der AG, die durch Abzeichnung bescheinigten Durchschriften erhält der AN.

4.26	Zahlungen (§ 16 VOB/B)
4.26.1	Alle Zahlungen werden bargeldlos geleistet.
4.26.2	Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Abgabe oder der Absendung des Zahlungsauftrags an ein Geldinstitut.
4.26.3	Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den AG an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
4.26.4	Als Basisdatum für die Zahlungen gilt bei dem Gutschriftsverfahren das Druckdatum der Gutschrift.
4.27	Überzahlungen (§ 16 VOB/B)
4.27.1	Bei Rückforderungen des AG wegen Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der AN nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
4.27.2	Im Falle einer Überzahlung hat der AN den zu erstattenden Betrag – ohne Umsatzsteuer - vom Empfang der Zahlung an mit 9 v. H. über dem Basiszinssatz für das Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.
4.28	Abtretung (§ 16 VOB/B)
4.28.1	Forderungen des AN gegen den AG können ohne Zustimmung des AG nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind gegenüber dem AG nur mit dessen schriftlicher Zustimmung wirksam.

4.28.2	<p>Eine Abtretung wirkt gegenüber dem AG erst,</p> <ul style="list-style-type: none"> - wenn sie ihm vom alten Gläubiger (AN) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages gemäß dem Formblatt des AG schriftlich angezeigt worden ist und - wenn der neue Gläubiger eine Erklärung mit folgendem Inhalt abgegeben hat: <p>„Ich erkenne an,</p> <ul style="list-style-type: none"> - dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann, - dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren, - dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist, - dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist. <p>Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Zahlungsauftrages an ein Geldinstitut) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der die Zahlung bearbeitende Kassenbeamte schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte.“</p>
4.28.3	Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.
4.28.4	Ohne Einhaltung der Abtretungsvoraussetzungen nach den Nr. 4.28.1 bis 4.28.3 kann der AN Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der AN Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (vgl. § 354a Satz 1 HGB).
4.29	entfällt
4.30	entfällt
4.31	<p>Gerichtsstand (§ 18 VOB/B)</p> <p>Gerichtsstand ist der Sitz des AG.</p>
4.32	<p>Schriftformerfordernis</p> <p>Jede Änderung dieses Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung oder Aufhebung des Schriftformerfordernisses selbst.</p>

4.33	<p>Rechtsnachfolge</p> <p>Der Auftraggeber ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung des Auftragnehmers auf einen Dritten zu übertragen.</p> <p>Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, wenn der Dritte Gewähr dafür bietet, die Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen zu können.</p> <p>Eine Zustimmung ist ausnahmsweise nicht erforderlich bei der Übertragung von Rechten und Pflichten auf ein mit dem Auftraggeber verbundenes Unternehmen i. S. d. §§ 15 ff. AktG.</p> <p>In den Fällen der Gesamtrechtsnachfolge, insbesondere nach Umwandlungsrecht, gelten anstelle des Vorstehenden die gesetzlichen Bestimmungen.</p>
4.34	<p>Salvatorische Klausel</p> <p>Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages oder eine zukünftige Vereinbarung zu diesem Vertrag unwirksam oder nichtig sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht.</p> <p>Die Parteien werden darauf hinwirken, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden.</p> <p>Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte. Die Parteien verpflichten sich, zur Ausfüllung der Lücke auf die Etablierung angemessener Regelungen in diesem Vertrag hinzuwirken, die dem am nächsten kommen, was die Vertragsschließenden nach dem Sinn und Zweck des Vertrages bestimmt hätten, wenn der Punkt von ihnen bedacht worden wäre.</p>